

# Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Eigene Drahtberichte der Königsberger Hartung'schen Zeitung.

## Deutsches Reich.

### Auflösung des Komitees für die deutsche Ausstellung in Frisko.

Berlin, 18. Dezember. Das Komitee für die deutsche Ausstellung in San Francisco hielt unter dem Vorsitz des Staatsministers a. D. Dentig heute eine Sitzung ab.

Nachdem die Geschäftsführung der Zentralstelle für die deutsche Ausstellung in San Francisco zunächst über die Ergebnisse der bisherigen Tätigkeit berichtet hatte und besonders nachgewiesen wurde, daß eine sogenannte Ausstellungsmädchenschaft der deutschen Industrie nicht in solchem Umfang bestünde, daß dadurch eine würdige deutsche Ausstellung unmöglich werde, ging Generaldirektor Ballin näher auf die in der Budgetkommission und im Reichstag von Regierungsvertretern vorgebrachten Einwände ein. Er wies insbesondere die Unrichtigkeit der Behauptungen über die Transportbeschwerden und die mangelnde Zeit für die erfolgreiche Vorbereitung der Ausstellung nach. Bei den Transportbeschwerden seien die Verkehrswege nach San Francisco unrichtig und unvollkommen dargestellt. Nicht der Weg über Baltimore, sondern die Wege über New-Orleans und die Southern-Pacific-Bahn, über die Tehuantepec-Bahn und über die Panamaischen Eisenbahn kämen für den Fall eines — übrigens doch noch keineswegs sicheren — Versagens des Panamakanals in erster Linie in Frage und der Transport über diese Verkehrswege werde je nach der Wahl des Weges nur etwa 35 bis 50 Tage beanspruchen. Damit entfielen auch die Argumentation in bezug auf den Mangel an Zeit, umso mehr, da der Regierungskommissar die Vorbereitungsarbeiten des Komitees in San Francisco gar nicht beachtete. Diese mehmonatige Arbeit ergab Resultate, wie sie keine Nation bisher aufzuweisen hat und wie sie besser kein Regierungskommissar erzielen konnte. Trotzdem kam Generaldirektor Ballin zu dem Schluß, daß er dem Komitee die Auflösung empfehlen müsse. Es gebe aus den Erklärungen der Regierung evident hervor, daß sie ihren prinzipiellen Widerstand gegen die deutsche Ausstellung nicht aufgeben werde. Gründe des nationalen Taktes und die Erwägung, daß die geplante Ausstellung ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht möglich ist, ließen es nicht angemessen erscheinen, die Tätigkeit des Komitees noch fortzusetzen. Der Redner begrüßte unter diesen Umständen den Gedanken der Regierung, ein großes Gedächtnis unter Führung des Prinzen Heinrich oder des Prinzen Adalbert zur Eröffnung des Panamakanals zu entsenden, um damit den Beweis zu erbringen, daß die deutsche Nation an der ewig denkwürdigen Kulturarbeit, die die Vereinigten Staaten mit dem Bau des Panamakanals leisten, freudigen Anteil nehme. Die Versammlung beschloß eine

#### Resolution

in der es heißt: So wenig stichhaltig die Argumentation des Regierungskommissars bei näherer Prüfung erscheint, so erweist sich doch aus den abgegebenen Erklärungen, daß die Regierung an ihrem prinzipiell ablehnenden Standpunkt und an ihrer Verhöhnung mit England über die Nichtbestimmung der Ausstellung festzuhalten und die Verantwortung für das Scheitern des Ausstellungsplanes, sowie die Folgen, die daraus für Deutschland entstehen könnten, zu tragen gesonnen ist. Angesichts dessen sieht das Komitee sich zu seinem Bedauern gezwungen, die Tätigkeit für die Organisation der deutschen Ausstellung einzustellen. Einerseits ist es nicht möglich, das Vorrecht für die sehr günstig gelegenen Plätze für das deutsche Haus und für die deutschen Aussteller, die das Komitee bis jetzt an der Hand hatte, länger aufrechtzuerhalten, andererseits hält das Komitee aus Gründen des nationalen Taktes es nicht für angemessen, bei der von der Regierung eingenommenen Haltung eine Arbeit fortzuführen, umso mehr, als die geplante kulturelle, sozialpolitische und Städte-Ausstellung ohne Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht durchzuführen ist. Das Komitee beschloß deshalb sofortige Auflösung und die Aufhebung der von ihm eingerichteten deutschen Zentralstelle für die Weltausstellung in San Francisco nach Abwicklung der schwebenden Arbeiten.

### Die Beschränkung der Diamantenerwertung.

Berlin, 18. Dezember. Die am 1. Januar 1914 in Kraft tretende Verordnung des Reichskanzlers über die Beschränkung der Diamantenerwertung ist das Ergebnis umfangreicher Feststellungen über die jetzige Lage und die Aussichten des Diamantenmarktes. Die Notwendigkeit, Maßnahmen zu treffen, wurden von den Förderern in mündlicher Besprechung mit dem Staatssekretär des Reichskolonialamts anerkannt. Die Verordnung beruht den lautenden Vertrag mit dem Antwerpener Konsortium überhaupt nicht, weil die von diesem gefaßte Menge Diamanten bereits 1913 gefordert wurde. Die Nachteile treffen Auktus und Förderer gemeinschaftlich, weil an der Steigerung der Gestehungskosten der Auktus mit 70 vom Hundert, die Förderer mit 30 vom Hundert beteiligt sind. Um die Förderer zu schonen, nimmt die Regie mehrere hunderttausend Karat Diamanten auf Lager gegen Gewährung von Vorzüssen an die Förderer, trotzdem eine Verwertung für absehbare Zeit nicht wahrscheinlich ist. Ohne dieses Ansehen der Regie hätte die Kontingentierung mit Rücksicht auf die Marktlage weit schärfer sein müssen. Bei der Kontingentierung ist auf die schwächeren Gesellschaften besonders Rücksicht genommen. Die großen, billig arbeitenden Gesellschaften tragen die Hauptlast. Der Regie stehen über das kontingentierbare Höchstmaß hinaus genügend Diamanten zur Verfügung, so daß, falls eine Konkurrenz verpöblich wäre, die Vorteile der deutschen Kontingentierung sich auszuwirken, eine Schädigung deutscher Interessen durch Verlust in den Abgabebereichen nicht zu befürchten ist.

Da die Regie, wie von den Förderern anerkannt wurde, in ihrer bisherigen Aufnahmehaltung die ordnungsgemäße Verwertung der Diamanten gefährdete, war ein Eingreifen der Kolonialverwaltung notwendig. Die Übernahme der Regenteile nach § 51 der Regielagung stellte den schonenden Weg und die nächstliegende Möglichkeit einer weiteren Beteiligung der Förderer in dem neuen Aufsichtsrat der Regie dar. Gleichzeitige Ermöglichung der Übernahme eine weitere Benutzung der an sich erprobten Regieeinrichtung. Nach der Ausübung des Erwerbsrechtes des Auktus dürfte eine Beschränkung über die Auflösung der Gesellschaft nicht mehr stattfinden, weil dadurch die Liquidation und die Auflösung notwendig geworden ist. Ueber etwaige Zweifel in der Auslegung des § 51 der Regielagung wird die Entscheidung der ordentlichen Gerichte herbeizuführen beabsichtigt. Das gerichtliche Urteil wird für die Rechtsbeziehungen und die Möglichkeit

einer Sicherung der Diamantenerwertung nach § 51 der Regielagung, entscheidend sein. Die dem Reichskanzler durch kaiserliche Verordnung obliegende Pflicht zu bestmöglicher Verwertung der Diamanten würde eventuell auf anderem geeigneten Wege hergestellt werden müssen. Ob die verfassungsmäßige Mitwirkung der gesetzgebenden Gewalt des Reiches bei der Bereinstellung der erforderlichen Mittel in Frage kommt, wird sich nur auf Grund der weiteren Entwicklung der Umgestaltung der Regie entscheiden lassen.

### Störung des Gottesdienstes infolge eines Mißverständnisses.

Berlin, 18. Dezember. Eine westpreussische Zeitung berichtet kürzlich über eine am 7. d. Mts. in Kreuz-Stargard vorgekommene Störung des katholischen Gottesdienstes durch die betwöhnenden Soldaten.

Die Angelegenheit ist seinerzeit sofort untersucht worden und lediglich ein Mißverständnis des die Mannschaft kommandierenden Offiziers festgestellt worden. Der in dieser Angelegenheit zwischen den Geistlichen und dem Garnisonkommando gepflogene Schriftwechsel zeigt, daß der Zwischenfall als beigelegt zu betrachten ist und daß das bisherige rechtliche Einvernehmen zwischen der katholischen Geistlichkeit und der Militärbehörde keinerlei Trübung erfahren hat. Der Sachverhalt ist, wie wir von amtlicher Stelle erfahren, kurz folgender: Am 7. d. Mts. fand in der katholischen Kirche Militärgottesdienst statt, an dem wie üblich auch zivile Gemeindeglieder teilnahmen. Nachdem der Gottesdienst etwa eine Stunde gedauert hatte, verlas der Geistliche einen Bibeltext in deutscher und alsdann in polnischer Sprache. Der die Aufsicht führende Offizier war nimmend der Meinung, daß der deutsche Gottesdienst beendet worden sei und für die einheimische Bevölkerung ein polnischer Gottesdienst seinen Anfang nehme. In diesem Glauben wurde er noch dadurch bestärkt, als ein Teil der Zivilbevölkerung, wohl diejenigen deutscher Junge, die Kirche verließen. Daraufhin forderte er durch einen Wink seine Mannschaft auf, sich zu entfernen. Aus diesem Tatbestand geht hervor, daß der Gedanke der absichtlichen Störung völlig ausgeschaltet ist.

### Die medizinischen Fakultäten zum Krankenkassenstreit.

Berlin, 18. Dezember. Der Staatssekretär des Inneren empfing heute im Beisein des preussischen Handelsministers, des Landwirtschaftsministers und des Ministers des Innern die Geheimen Medizinalräte Professor Dr. Passow, Dr. Orth und Dr. Krause von der Berliner Universität, welche namens der medizinischen Fakultät der deutschen Universitäten der Regierung den dringenden Wunsch ans Herz legten, bei dem Streite zwischen den Ärzten und Krankenkassen sich des ärztlichen Standes im Rahmen der bestehenden Gesetze wohlwollend anzunehmen. Mit den Vertretern der Fakultäten wurde das für und wider der Standpunkte der Krankenkassen und der Ärzte besprochen und seitens des Staatssekretärs des Inneren die Bereitwilligkeit erklärt, Ausgleichsverhandlungen zwischen den Ärzten und Krankenkassen herbeizuführen, sofern beide Teile damit einverstanden seien. Es wurde den Vertretern der Fakultäten eine Skizze vorgelegt, die nach Ansicht der Regierung als Grundlage für solche Verhandlungen dienen könnten. Falls die Beteiligten bereit sind, in diese Verhandlungen einzutreten, müßte überall, wo es zu Vertragsbeschlüssen zwischen den Ärzten und den Kassen noch nicht gekommen ist, zunächst mit Geltung vom 1. Januar 1914 ab, ein dreimonatliches Interimstadium auf der Basis der zwischen den Kassen und den Ärzten gegenwärtig geltenden Vereinbarungen geschaffen werden, damit Zeit zur Verständigung gewonnen wird. Die Vertreter der medizinischen Fakultäten übernahmen es, in diesem Sinne mit den ärztlichen Organisationen in Verbindung zu treten.

Berlin, 18. Dezember. Auf die Anfrage des Abg. Marquard (natl.) wegen der Zulassung von Kassen der Krankenkassenversicherungen hat Staatssekretär Dr. Delbrück heute schriftlich eine Antwort erteilt, in der es heißt:

Dem Reichskanzler ist bekannt, daß zurzeit noch keine Ertragskassenversicherung durch die Reichsversicherung amtlich zugelassen worden ist. Es wird aber voraussichtlich schon in den nächsten Tagen die Entscheidung für eine Anzahl solcher Kassen getroffen werden. Dies gilt insbesondere auch von den Kranken- und Begräbniskassen des Verbandes deutscher Handlungsbekanntnisse in Leipzig. Das Gesetz geht nicht davon aus, daß sämtliche Kassen, die den Antrag gestellt haben, auch schon bis zum 10. Januar 1914 zugelassen werden müssen. Dagegen kann ich nicht annehmen, daß es den Mitgliedern der noch im Laufe des Dezember zugelassenen Ertragskassen unmöglich sein sollte, das Ruben von Rechten und Pflichten bei denjenigen Kassen, denen sie angehören, noch rechtzeitig zu beantragen.

### Erklärungen des Leutnants von Brandenstein.

Berlin, 18. Dezember. Der frühere Leutnant von Brandenstein vom 1. Garderegiment zu Fuß, dessen Fall in der Duellkommission des Reichstages zur Sprache gekommen ist, veröffentlicht heute in verschiedenen Blättern eine Erklärung. Bekanntlich hatte v. Brandenstein seinen Abschied nehmen müssen, weil er sich gegen das Duell ausgesprochen hatte. Seiner vor dem Vertreter des Kriegsministeriums abgegebenen Erklärung gegenüber erklärt v. Brandenstein, „er habe nie Bedenken gehabt, seine Waffe im Dienste des Kaisers und des Vaterlandes zu gebrauchen. Er habe auch erklärt, daß er die Waffe überall da gebrauchen würde, wo er persönlich oder die Ehre des militärischen Rufes angegriffen werden würde. Nachdem ihm die endgültige Ablehnung seines Gesuches um ehrenrätliche Untersuchung mitgeteilt worden sei, habe man versucht, ihm mangelnde Entschlußfähigkeit nachzuweisen, infolgedessen ihm dann auch seine Entlassung nahegelegt wurde.“

### Kleine politische Meldungen.

Berlin, 18. Dezember. Die Reichstagserversammlung für Köln-Land, die durch die Ungültigserklärung der Wahl des Zentrumsgewählten Kuchhoff notwendig geworden ist, wurde auf den 17. Februar 1914 anberaumt.

Berlin, 18. Dezember. Wie das „Kirch-Bureau“ von gut unterrichteter Seite erzählt, wird die kriegsgerichtliche Verhandlung gegen den Christen von Kauter wegen der Vorgänge in Zabern zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden.

Berlin, 18. Dezember. Ein in Berlin stetig wohnhafter Matrose, der vor etwa einem Jahre Werbem der französischen Fremdenlegion in die Hände gefallen war, ist jetzt gelassen und wieder zu seinen in der Schildhofer Straße lebenden Eltern zurückgekehrt. In Marseille wurde der erst 19 Jahre alte Willy Massow

von den Werbem völlig überrumpelt und der Fremdenlegion zugeführt. Jetzt endlich ist ihm die Flucht gelungen.

Berlin, 18. Dezember. Der König verließ dem mexikanischen Generalkonsul in Berlin und Teilhaber des Bankhauses S. Bleichröder daselbst Albert Josef Moynius Blaszke den Adel.

Darmstadt, 18. Dezember. Die Zweite Kammer nahm nach mehrwöchiger Debatte die Beamtenbesoldungsvorlage an. Da der Gegenentwurf, wie er von der Kammer angenommen wurde, vielfach von der Regierungsvorlage abweicht und über diese hinausgeht, hängt das weitere Schicksal der Vorlage zunächst von der Stellungnahme der ersten Kammer zu den Beschlüssen der zweiten ab. Die erste Kammer dürfte sich voraussichtlich für die Regierungsvorlage erklären.

## Rusland.

### Die mexikanische Geldalamität.

Mexiko, 18. Dezember. Ein Komitee von fünf Bankiers, unter ihnen die Vertreter der „Nationalbank“ und der „London and Mexiko-Bank“ hatten heute eine Besprechung mit dem fungierenden Leiter des Finanzministeriums. Es wurde beschlossen, den Erlaß einer Verordnung des Präsidenten zu empfehlen, durch den die Staatsbanknoten im Republikbereich als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt werden. Die Bankiers rieten ferner, einen Garantiefonds zu schaffen, der von den Staatsbanken zu zeichnen und bei der „Nationalbank“ zu deponieren sei und die Banknoten durch die Regierung garantieren zu lassen. Von Huerta werden hinsichtlich des Erlasses einer solchen Verordnung keine Schwierigkeiten erwartet, da die Bankiers diese Maßnahme für den einzig richtigen Weg halten, um einen ausreichenden Betrag an Geldmitteln in Umlauf zu halten.

### Kleine Meldungen.

Wien, 18. Dezember. Die ungarische Delegation nahm das Budget des Ministeriums des Neuherrn im allgemeinen an. Bei Verlesung des Beschlusses erklärte der Präsident der Delegation, er spreche dem Minister des Neuherrn das Vertrauen und die Anerkennung aus.

Wien, 18. Dezember. Der Kaiser empfing heute Mittag den russischen Botschafter Schebeko in seiner Antrittsaudienz behufs Entgegennahme des Beglaubigungsschreibens.

Wien, 18. Dezember. Das Abgeordnetenhaus nahm in dritter Lesung die Novelle zum Personalsteuergesetz in der Fassung der zweiten Lesung an.

Saar, 18. Dezember. Zu den Nachrichten über die Zahl der an der dritten Friedenskonferenz teilnehmenden Staaten wird mitgeteilt, daß bis jetzt an keinen Staat eine Einladung zur Teilnahme an der Konferenz ergangen ist.

Köln, 18. Dezember. Die „Kölnische Volkszeitung“ meldet aus Rom: Dem Vernehmen nach einigte sich der Heilige Stuhl mit der italienischen Regierung dahin, daß gegen eine jährliche Zahlung von 60 000 Lire an den italienischen Staat keine im Dienste des Heiligen Stuhls in Rom beschäftigten vorläufigen Beamten und Prälaten zur Entziehung der Staatsbürgerschaft herangezogen werden.

Petersburg, 18. Dezember. Vor einigen Tagen wurde die Nachricht verbreitet, daß die Zarenfamilie einem freudigen Ereignis entgegenstehe. Diese Meldung wird jetzt bestätigt, und zwar von George Clemenceau, dessen Verbindungen zu den höchsten russischen Kreisen bekannt sind. Herr Clemenceau fügt hinzu, daß die Gesundheit des Zarenwittens sich allmählich bessert, so daß man endgültig auf den Gedanken verzichten müsse, in ihm den Thronfolger zu sehen. Man hofft unter Umständen auf einen neuen Thronfolger.

Paris, 18. Dezember. Der Marineminister Monis verlangte vom Haushaltsausschuß der Kammer die Ermächtigung, mit der Zielsetzung des großen Panzers „Bearn“, der nach dem ursprünglichen Plänenplan erst am 1. Oktober nächsten Jahres vorgenommen werden sollte, bereits am 1. Januar zu beginnen. Auf diese Weise würde es möglich werden, die sechzehn großen Panzer schon bis 1. April 1918 statt nach den bisherigen Plänen zum März 1920 zu vollenden.

Paris, 18. Dezember. Die zweite internationale Konferenz zur Schaffung einer Weltkarte im Maßstab von 1:1 000 000 nahm in ihrer heutigen letzten Sitzung mehrere Anträge an, darunter den des deutschen Generalmajors v. Bertrab, der als Ort der Tagung für die dritte Konferenz 1914 Berlin festsetzt. Ferner gelangte ein Vorschlag eines englischen Delegierten, daß im amtlichen Landesvermessungsamt in London ein ständiges Bureau geschaffen werden möge, zur Annahme. Sodann erklärte der Vorsitzende, General Bourgeois, die diesjährige Tagung für beendet.

Paris, 18. Dezember. Der Schriftsteller Pierre Loti behauptet in einer Unterredung mit dem Marineminister, daß die Deutschen unter dem Vorwand der Errichtung eines metallurgischen Werkes den Hagen von Hochefort ausspionieren. Nicht weniger als 400 Deutsche hätten im letzten Sommer unter dem Titel „Wadegäste“ auf einer Insel bei Hochefort sich aufgehalten zu dem Zweck, eine künftige deutsche Subasion (!) vorzubereiten.

Athen, 18. Dezember. Die Presse bespricht den englischen Vorschlag über Albanien und die ägäischen Inseln ungünstig und sieht es als keine Kompensation für Griechenland an, die Zerteilung der Inseln mit der Abgrenzung des Epirus zu verbinden. Die Blätter sind der Meinung, daß der englische Vorschlag in dem Epirus und den zwölf Inseln zwei neue Fragen schafft, die mit der Aretafage vergleichbar sind.

Teheran, 18. Dezember. Die Regierung ist äußerst beunruhigt wegen heftiger Anführer grenzender Unruhen in Kurdistan. Zur Unterdrückung der Unruhen ist Serdar Muz zum Gouverneur von Kurdistan ernannt worden, jedoch waart er sich zurzeit noch nicht dort hin zu geben.

Tabris, 18. Dezember. Die hiesige Geistlichkeit hat in Teheran auf telegraphischem Wege Protest erhoben gegen die dortige Presse, die bestrebt sei, in Aserbaidshan Unruhen hervorzurufen. Die Geistlichkeit erklärt, sie werde das Spiel mit der Verfassung nicht zulassen. Aus Sendjan sind Meldungen eingetroffen über eine Gährung unter der Bevölkerung, die mit Teheran unzufrieden ist.